

# „Meine Eltern sind nicht meine Eltern“

Der Fall Grübel: Bonn wiegelt ab, Ost-Berlin sperrt sich

Zu einer Affäre hat sich entwickelt, was vor Jahresfrist die Diskussion um „Zwangsadoptionen“ in der DDR auslöste. Während mehrere Problemfälle über diskrete Kon-

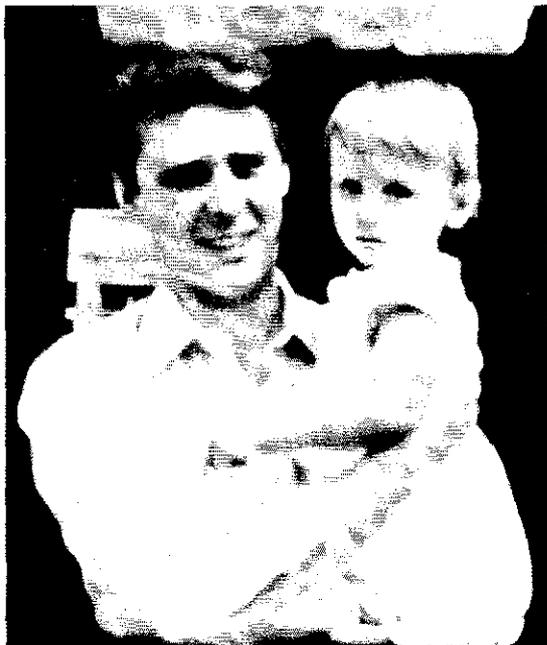
takte erledigt wurden, hält die DDR Tochter und Sohn der in die Bundesrepublik abgeschobenen Eheleute Grübel zurück. Der SPIEGEL erfuhr, wo die Kinder sind.

Am Mittwoch vorletzter Woche fuhr der DDR-Korrespondent des SPIEGEL, Ulrich Schwarz, von Ost-Berlin nach Eisenhüttenstadt an der Oder. Gegen 17 Uhr klingelte er am Chopin-Ring Nr. 15 parterre rechts und fragte den Wohnungsinhaber, den Diplomingenieur für Vermessungswesen Ulrich Klewin, ob er ihm einige Fragen „zur Adoption Ihrer Kinder“ stellen könne. Die Antwort: „Das muß ich verweigern. Dazu sage ich nichts.“

Am darauffolgenden Tag wurde Schwarz im ostdeutschen Außenministerium vorstellig und ersuchte die — für Anfragen westlicher Journalisten zuständige — Behörde um Auskünfte in derselben Sache. Antwort bekam er eine knappe Woche später, am vergangenen Dienstag: „Dem Antrag, dar-



Ersatz-Vater Klewin 1975, Kinder Ota, Jeannette: Längst adoptiert?



Vater Grübel, Sohn Ota 1971; SPIEGEL-Titel 52/1975: „Wann kommen die Kinder?“

über etwas zu erfahren, ist nicht stattgegeben worden.“

Worüber der DDR-Bürger Klewin in Eisenhüttenstadt und das Außenamt in Ost-Berlin nichts sagen wollen, ist ein zwiischendeutsches Thema von der heiklen Art. Die Kinder, nach denen der SPIEGEL fragte, heißen Ota und Jeannette Klewin, der Junge sieben, das Mädchen sechs Jahre alt. Die Klewins sind nicht die leiblichen Eltern.

Früher hießen die Kinder Ota und Jeannette Grübel. Unter diesem Namen hatte sie der SPIEGEL Ende 1975 aufgeführt, als er zum ersten Mal über



die Praktiken von DDR-Behörden berichtete, in einzelnen Fällen den Versuch der Republik-Flucht mit einer Art Familienstrafe zu ahnden: „Sie geben Kinder von Eltern, die bei der Flucht ertappt wurden, zur Adoption frei.“

Die Eltern, der Wohnraumgestalter Otto Grübel, 40, und Ehefrau Bärbel, 27, waren im August 1973 bei dem Versuch, mit den beiden Kindern über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik zu flüchten, gefaßt und später in der DDR zu je zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt worden. Sie waren vom Zeitpunkt der Verhaftung

an von den Kindern getrennt, und alle Bemühungen, mit ihnen in Kontakt zu kommen, blieben erfolglos.

Im Mai 1975 wurden die Grübels, von der Bundesrepublik freigekauft, in den Westen entlassen. Ihr Antrag, mit den Kindern zusammen ausgebürgert zu werden, wurde von der DDR verworfen. Wo Ota und Jeannette sich aufhielten, wußten sie nicht, als der SPIEGEL in Heft 51/1975 den Fall schilderte.

Dieser Bericht führte zu einem zwiischendeutschen Eklat. Bayerns Ministerpräsident Alfons Goppel lud den gerade in München zu einer Antrittsvisitete eingetroffenen Bonner DDR-Vertreter Michael Kohl gleich wieder aus: weil der die SPIEGEL-Nachricht nicht dementieren mochte.

Nach ostdeutscher Lesart handelte es sich um „schmutzige Verleumdung des Staates der DDR durch ein Magazin“ (DDR-Kohl), verfaßt von „Lügenlummeln“ („Leipziger Volkszeitung“), „frei erfunden“ (Ost-Berliner Nachrichten-Agentur ADN). Der damalige Ost-Berliner SPIEGEL-Korrespondent Jörg Mettke wurde wegen „Verleumdung der DDR“ unverzüglich ausgewiesen, obwohl er den Bericht weder angeregt noch recherchiert, noch geschrieben hatte.

Die Bundesregierung in Bonn zeigte sich von den im SPIEGEL mitgeteilten Erkenntnissen überrascht, sprach zunächst von „sogenannten Adoptionen“ in „zwei Fällen“, dann von

Der Griff, der Schnee und Eis bezwingt:

## RUD-Kette Typ »Kantenspur«

Jetzt mit Greifstegen.

Ohne Innenhaken!

Schnell aufgelegt und lang zu fahren.



### Packt zu, wo viele steckenbleiben!

Wie Eisbrecher pressen sich die stählernen Greifstege in Schnee und Eis. Denn: Greifstege sind besser als Spikes!

### Die Kette ohne Innenhaken

Einziger Verschleiß außen.  
Bequem und schnell aufzulegen.  
Feingliedrig, lauffruhig, langlebig.

### Die Erfolgskette aus Edelstahl

Olympiabewährt und TÜV-geprüft.  
Mit Garantie und Servicegutschein zum Verlängern, Verkürzen, Instandsetzen (Apr. - Sept.) bei Fahrzeugwechsel.

### Die Kette für viele Autowinter



Mehr Information postwendend.  
Bitte schreiben Sie uns.



RUD-Kettenfabrik  
Rieger & Dietz GmbH u. Co.  
Postfach 1650 C  
7080 Aalen-Unterkochen  
Telefon (0 73 61) 50 41  
Telex 07 13837

„wahrscheinlich fünf Fällen“. Doch am 29. Januar dieses Jahres, während der Parlamentsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation, reduzierte der Minister für Innerdeutsches, Egon Franke, das Problem wieder auf Null: „Es gibt keinen Fall von Adoption oder der Übertragung des Sorgerechts auf andere und von Zwangsadoption als zusätzliche Strafe für Republikflucht oder für den Versuch der Republikflucht.“

Es war nach der zuvor eindeutigen Reaktion (Kanzler Schmidt hatte am selben Tag von einer „Verletzung elementarer Menschenrechte“ gesprochen) der späte Versuch, abzuwiegeln — so etwas wie eine konzertierte deutsch-deutsche Aktion, ein höchst unliebsames Thema aus dem öffentlichen Gespräch zu bringen: peinlich für die DDR, die einmal mehr in den Verdacht inhumaner Rechtspraxis geriet, unangenehm auch für die Bundesregierung in Bonn, die ihren innerdeutschen Dialog, Ausweis erfolgreicher Ost-Politik nicht gefährdet sehen wollte.

In Wirklichkeit wurde das „Problem Kinder“ (so das Stichwort in einem internen Bericht) von dem Augenblick an Bestandteil deutsch-deutscher Kontaktnahmen, da es publik gemacht worden war. Das Thema, das laut Bundesminister Franke gar nicht existierte, beschäftigte seitdem immer wieder ost-deutsche und westdeutsche Stellen — geradezu musterhaft jener Fall, der für Beteiligte schon zu einem „ost-west-deutschen Trauma“ geworden ist und vom Ministerium Franke, wo immer es geht, verdeckt gehalten wird: der Fall Grübel.

Schon als der Minister vor dem Bundestag mitteilte, es gebe „keinen Fall von Adoption oder der Übertragung des Sorgerechts auf andere“ als „zusätzliche Strafe für Republikflucht oder für den Versuch der Republikflucht“, hätte er wissen müssen, daß das Gegenteil zutraf. Denn schon damals lagen dem Franke-Ministerium Akten aus einem Ost-Berliner Prozeß vor, der mit der Entziehung des Erziehungsrechts für die Grübels geendet hatte. Während sie noch im DDR-Gefängnis saßen, urteilte das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte unter anderem:

Schließlich waren die Eltern bereit — und das beweist den hohen Grad der Gefährdung der Erziehung und Entwicklung der beiden minderjährigen Kinder —, beide Kinder aus einer bisher stabilen sozialen Sicherheit einer ungewissen Zukunft auszusetzen. Die Verklagten hatten keinerlei Gewähr dafür, daß sich ihre beiden Kinder wie bisher in geordneten sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen entwickeln konnten, sondern beide ließen sich lediglich von ihren Vorstellungen leiten.

Mit anderen Worten: Das politische Delikt der versuchten Republikflucht gab die Begründung für den Entzug des Erziehungsrechts ab. Selbst dem Ost-Berliner Grübel-Anwalt Clemens de Maizière erschien die Prozedur damals so bedenklich, daß er dem Obersten

Gericht der DDR zu Protokoll gab: „Ein solches Verhalten ist mit den humanitären Grundsätzen unserer Verfassung unvereinbar. Ich stehe nicht an, es als unmenschlich zu bezeichnen.“

Es war nicht nur de Maizière, der in Ost-Berlin Anstoß an solchen Vorkommnissen nahm. Daß es „hier oder da zu unrichtigen Entscheidungen“ von DDR-Behörden gekommen sei, räumte auch der Ost-Anwalt Wolfgang Vogel, mit großer Wahrscheinlichkeit ranghoher Staatssicherheitsoffizier und häufig Unterhändler in politisch delikaten Ost-West-Fragen, ein — etwa gegenüber dem evangelischen West-Berliner Bischof Kurt Scharf.

Insgesamt tat die DDR noch mehr. SED-Chef Honecker autorisierte sogar, wie der SPIEGEL inzwischen erfuhr, um die Jahreswende 75/76 einen seiner Vertrauten zu einer Absichtserklärung



Innerdeutscher Minister Franke  
Das Thema auf Null gebracht

gegenüber der Bundesregierung. Die streng vertrauliche Notiz resümiert ein Aktenkundiger wie folgt:

Die DDR-Regierung sei über politisch motivierte Fälle von Entzug des Erziehungsrechts und Übertragung „in Form von Adoption“ nicht informiert gewesen. Sie mißbillige das Vorgehen „der mittleren Verwaltungsebene“ und werde die politisch motivierten Fälle rückgängig machen. Herr Honecker beauftragte den Anwalt Vogel mit der Abwicklung. Die Familien Grübel und Mubarak würden „ihre Kinder zurückbekommen“. Andere Fälle würden noch geprüft.

In der Tat begann die DDR-Führung ohne viel Aufhebens, die im SPIEGEL 51 und 52/1975 beschriebenen Fälle zu regeln. Anfang dieses Jahres wurde das Adoptionsverfahren im Fall des zehnjährigen André Mubarak, der seinen Eltern nach mißglückter

Westflucht (der gesamten Familie) genommen und in erster Gerichtsinstanz Adoptiveltern zugesprochen worden war, in zweiter Instanz gestoppt. Im Juli dieses Jahres übergab Rechtsanwalt Vogel den Jungen seiner Mutter in einer West-Berliner Seitenstraße.

Wenige Stunden nach der Annullierung des Adoptionsurteils erklärte Bonns Regierungssprecher Bölling in der ARD-Tagesschau: „Heute gibt es nun Anhaltspunkte dafür, daß dieses bedrückende Thema bald keines mehr sein wird und daß die DDR, soweit es Fälle erzwungener Adoptionen gegeben hat, diese Fälle in Ordnung zu bringen wünscht.“

So kam es, entgegen anfänglichen Befürchtungen, in etlichen Fällen nicht zur Adoption — etwa im Fall der Leipziger Arzt-Eheleute Mathias und Gabriele Kiefer, die bei einem Fluchtversuch mit ihren Kindern Markus und Alexander gefaßt worden waren. Die Kinder, damals ein und drei Jahre alt, sollten ursprünglich einer fremden Familie anvertraut werden; nun kamen sie für die Zeit des Gefängnisaufenthaltes der Eltern zur Großmutter.

Ein in die einschlägigen Vorgänge Eingeweihter weiß sogar zu berichten, die DDR-Führung habe personelle Konsequenzen gezogen und drei an

Fehlentscheidungen beteiligte Genossen ihrer Posten enthoben. „Die Berichte über die Zwangsadoptionen“, so dieser Informant, „haben in der DDR eine Entwicklung gestoppt — es wird das Problem künftig nicht mehr geben.“

Auch die Grübels, die im Mai 1975 von der DDR ohne Kinder ausgebürgert worden waren, machten sich in dieser Situation Hoffnungen. Daß ihre Kinder längst adoptiert seien, hatten sie von Carl Gustaf Swingel, einem in West-Berlin ansässigen Vertreter von Hilfsorganisationen der schwedischen Kirche, erfahren; Swingel pflegte hin und wieder den Ost-Berliner Anwalt Vogel zu treffen.

Den Kontakt zu den Grübels nahm DDR-Vogel seinerseits über den West-Berliner Rechtsanwalt Reyemar von Wedel auf, einen Vertrauensmann der Berliner evangelischen Kirche; über ihn ließ Vogel wissen, mit der Rückgabe der Kinder könne im ersten Quartal 1976, vielleicht auch früher, gerechnet werden. Später wurde auch der West-Berliner Anwalt Jürgen Stange einge-

schaltet, bewandert in delikaten politischen Ost-West-Geschäften.

Für den 14. Januar 1976 bestellte Ost-Anwalt Vogel die Grübels in sein Ost-Berliner Büro, Reiler Straße 4, und eröffnete ihnen eine neue Variante: Die Kinder seien zwar bei verschiedenen Eltern untergebracht, aber „wahrscheinlich“ nicht adoptiert. Das Problem, die Rückgabe der Kinder, lasse sich jedenfalls auf ganz bestimmte Weise lösen:

Da nach ostdeutschem Recht nur DDR-Bürgern das Erziehungsrecht für DDR-Kinder übertragen werden könne, müsse das Erziehungsrecht für die Grübels-Kinder zunächst auf die in Ost-Berlin lebende Großmutter der Kinder, Meta Knaack, übertragen werden. Erst wenn dies geschehen sei und die Kinder ein paar Wochen oder Monate bei der Großmutter lebten, könne die Großmutter für sich und die Kinder einen Ausreiseantrag stellen, der dann so schnell wie möglich genehmigt werde.

Voraussetzung für die Transaktion sei, daß dieser Plan auf keinen Fall an



Grübels-Kinder Jeannette, Ota in Eisenhüttenstadt\*: „Aus stabiler sozialer Sicherheit einer ungewissen Zukunft ausgesetzt“?



die Öffentlichkeit dringen dürfe, andernfalls sähen die Eltern ihre Kinder nie wieder. Eltern und Großmutter willigten ein; die Großmutter nur zögernd, da sie eigentlich in Ost-Berlin wohnen bleiben wollte.

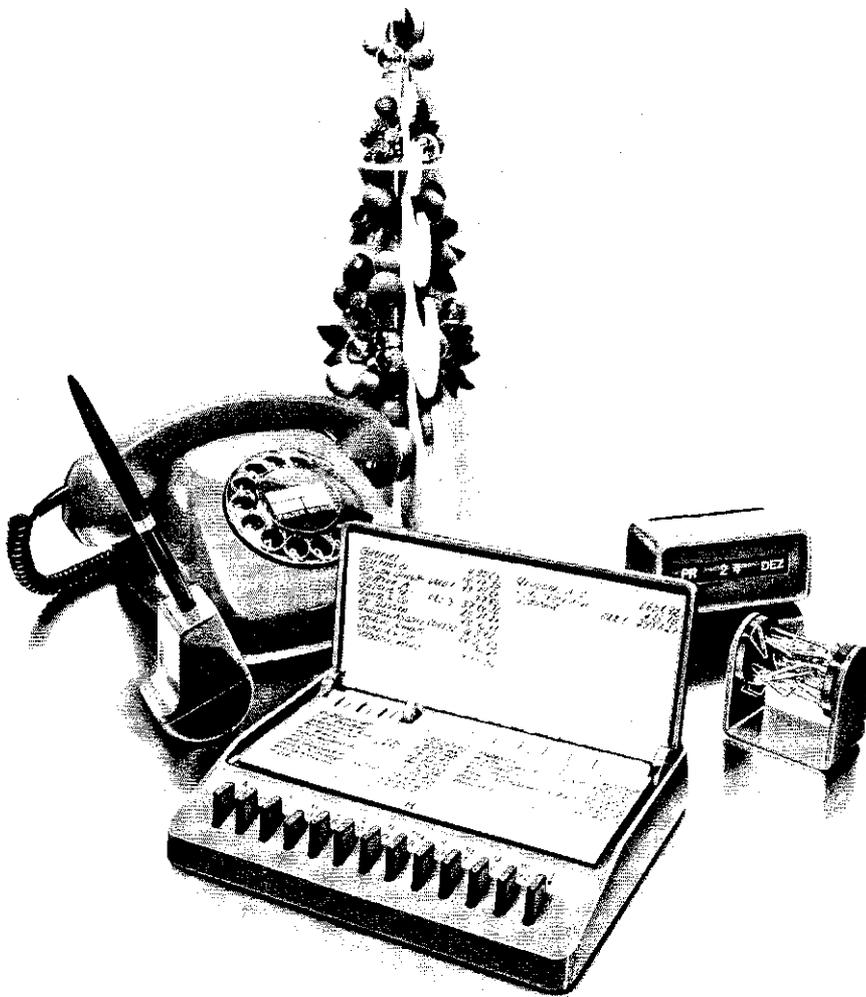
Die Grübels hielten sich wohl an ihr Schweigegebot, die DDR aber nicht an den Vogel-Plan. Auszüge aus Otto Grübels Tagebuch:

26. 1. 1976: Rechtsanwalt Vogel: „In 14 Tagen erhalten Sie Bescheid, wann die Kinder kommen.“

9. 2. Rechtsanwalt Vogel: „Es läuft alles sehr positiv.“

12. 2. Klaus Plewa (aus dem Referat I/6 der West-Berliner „Abteilung Innerdeutsche Beziehungen“, einer Außenstelle des

\* In der Klewin-Wohnung, Chopin-Ring 15. Der Pfeil im unteren Bild weist ebenfalls auf die Wohnung hin.



## Telefon-Register und die ganze Welt des Schenkens. Im arlac-Look.

**arlac-Telefon-Register Luxadex S**, mit Platz für über 700 Telefon-Nummern und Anschriften.

**arlac-swinger**, der swingende Kugelschreiberhalter mit Kugelschreiber. Attraktiv, zeitgemäß.

**arlac-dati**, der praktische Dauerkalender im Digital-Look. Bestehend im Design.

**arlac-clip-fox**, der moderne, formschöne Büroklammerhalter. Zwei Ma-

gnete halten die Büroklammern im Schwebezustand.

Alle arlac-Geschenke passen zu den modernen Farben der Post-Telefone: rot-orange, grau, farngrün und in arlac-beige und arlac-braun. Erhältlich in allen Bürofachgeschäften.

**ARLAC**  
Ordnung. Form. Funktion.

Innerdeutschen Ministeriums): „Einen konkreten Termin für die Übergabe der Kinder gibt es nicht.“

28. 2.: Rechtsanwalt von Wedel: „Mit einem positiven Ausgang ist zu rechnen.“

2. 3. Rechtsanwalt Vogel: Die Kinder kommen „im Laufe des Jahres“ zur Großmutter Meta Knaack.

8. 4. Rechtsanwalt von Wedel: „Dr. Vogel hat starke Schwierigkeiten ... Bis Ende April bekommen Sie eine verbindliche Auskunft.“

29. 4.: Rechtsanwalt von Wedel: „Die Überlassung der Kinder an Ihre Mütter ist in Arbeit und wird in den nächsten Wochen vollzogen.“

14. 5. Rechtsanwalt Vogel (zur Großmutter): „Es läuft alles positiv ... In den nächsten Tagen wird man sich an Sie wenden, um die Übergabe der Kinder zu besprechen.“

25. 5. Rechtsanwalt von Wedel: „Dr. Vogel garantiert, daß die Kinder im Juni zu Ihrer Mutter (Großmutter) kommen.“

24. 6. Rechtsanwalt von Wedel: „Dr. Vogel teilte mir mit, daß die Ausreise der Kinder intern endgültig genehmigt ist. Die Kinder werden bei der Großmutter nur ganz kurz bleiben, wahrscheinlich nur wenige Tage. Wahrscheinlich kommen die Kinder im Juli zu Ihnen.“

Am 29. Juni erhielt Meta Knaack im Ost-Berliner Innenministerium die Ausreiseunterlagen, die sie so schnell wie möglich ausfüllen sollte. Dabei war wieder von einer neuen Variante die Rede. Die 58jährige erfuhr, daß sie nun doch nicht das Sorgerecht für die Kinder übertragen bekomme, sondern die Eltern direkt — die Eltern Grübel sollten sofort einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft für ihre beiden Kinder stellen. Dennoch müsse auch Meta Knaack mit ausreisen: sie solle sofort bei ihrer Firma kündigen und alle sonstigen vertraglichen Bindungen innerhalb der DDR lösen.

Am 5. Juli kündigte Meta Knaack auftragsgemäß als Straßenbahn-Fahrerin bei den Berliner Verkehrsbetrieben, wo sie 20 Jahre lang beschäftigt gewesen war. Aber in den Westen kam sie ebensowenig wie wieder an ihren alten Arbeitsplatz. Sie bekam auch keine finanzielle Unterstützung — eine von den vielen schlechten Nachrichten, die von nun an im Tagebuch des Otto Grübel auftauchen:

26. 8. Rechtsanwalt von Wedel: „Herr Vogel stößt auf innere Widerstände.“

6. 9. Plewa: „Nach meinen Unterlagen ist der Ausreisetermin der 1. September gewesen. Ihr Fall ist der spektakulärste, Vogel steht auf Ihrer Seite.“

13. 9. Rechtsanwalt Vogel: „Es gibt Leute in der DDR, die wollen nicht, daß Ihre Kinder überkommen. Wenn wir es bis zum 20. Oktober nicht schaffen, sehe ich keine Hoffnung mehr.“

Bis zum 20. Oktober war es nicht geschafft, wohl aber gab es um diese Zeit erstmals einen Hinweis auf den Verbleib der Grübel-Kinder. Er besagte, daß die Kinder, als die Eltern nach der gescheiterten Flucht verhaftet wurden, zunächst in ein Heim gekommen seien, später, im Herbst 1974, zu dem Ehepaar Ulrich und Anneliese Klewin nach Eisenhüttenstadt.

Ulrich Klewin ist als Diplomingenieur für Vermessungswesen beim

„Kombinat Geodäsie und Kartographie“ tätig. Ursprünglich hatten sich die Klewins nur um ein Adoptivkind beworben. Aber auf die dringenden Bitten der in der DDR zuständigen Jugendhilfe, das Geschwisterpaar zu übernehmen, willigten die kinderlosen Klewins ein.

Dafür besorgte die Jugendhilfe angeblich eine größere Wohnung und gab finanzielle Starthilfe. Was immer die Jugendhelfer den Klewins damals über die Herkunft der Kinder verriet oder verschwiegen — von den Kindern selber muß das Ehepaar bald erfahren haben, was geschehen war. Noch heute sagt der siebenjährige Ota, seit Septem-



**Anwälte Vogel, Stange**  
„Auf innere Widerstände gestoßen“

ber dieses Jahres Erstkläßler in der „11. Oberschule Alfred Jung“ zu Eisenhüttenstadt, schon mal zu Mitschülern: „Meine Eltern sind nicht meine Eltern. Meine richtigen Eltern haben sie verhaftet.“

Daß die Kinder den Namen Klewin tragen, sich jedenfalls so nennen, wenn sie gefragt werden, läßt diverse Interpretationen zu: Die Kinder könnten nach Paragraph 41 des DDR-Personenstandsgesetzes aus „wichtigem Grund“ umbenannt worden sein; als „wichtiger Grund“ gilt danach beispielsweise, „wenn nach den Grundsätzen des Zusammenlebens in der sozialistischen Gesellschaft der Familienna- me nicht zumutbar ist“.

Aber nicht vom Personenstandsgesetz ist die Rede, wenn informierte DDR-Leute auf den Fall angesprochen werden, sondern von den Adoptionsbestimmungen im Familienrecht und im Jugendhilferecht. Nach Lesart eines

# Erleben Sie zwei Ferienwelten auf einer Vistafjord-Kreuzfahrt: Danzig . Helsinki . Stockholm . Und das atemberaubende Fjordland.

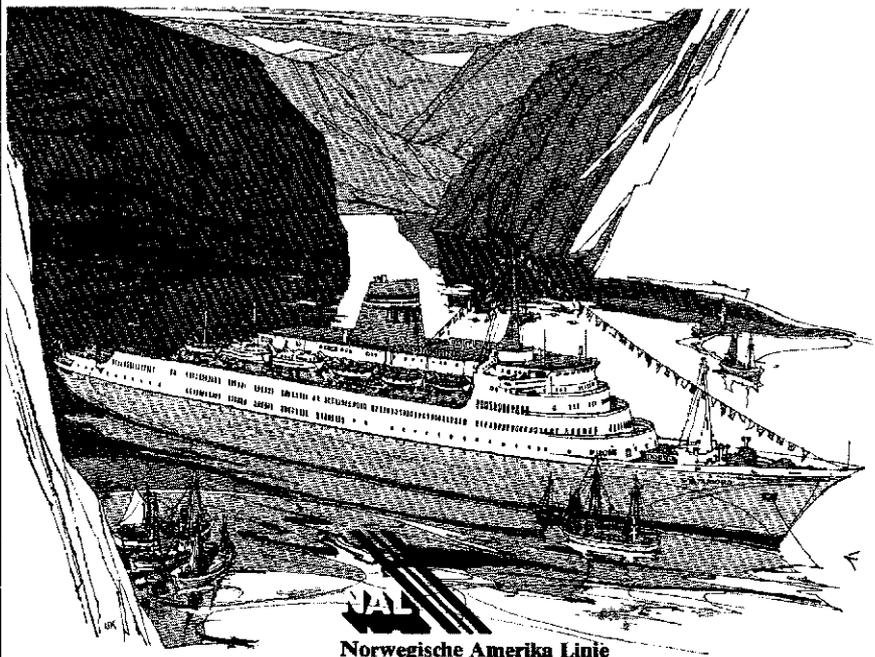
Auf einer Reise besuchen Sie sechs der schönsten Ostseehäfen - pulsierende Städte und romantische Inseln. Dann geht es tief hinein in das faszinierende Fjordland. Die Berge rücken zusammen, zum Greifen nahe ziehen die Felswände vorbei. Immer wieder wechselt das Bild: brausende Wasserfälle, blumenübersäte Wiesen, idyllische Dörfer. - Erholbarer und bequemer können Sie den Norden nicht kennenlernen.

**Sie werden sich an Bord zu Hause fühlen:** Die meisten Stewards sprechen Deutsch wie Sie. Auf der Speisekarte finden Sie internationale Spezialitäten und heimatische Gerichte. 350 Besatzungsmitglieder haben sich auf Sie eingestellt, denn im Sommer betreuen sie vorwiegend deutsche Passagiere. Es erwarten Sie Service und Eleganz,

wie sie nur ein so großes Kreuzfahrtschiff bieten kann - MS Vistafjord, 25.000 BRT.

**Diese Häfen liegen auf Ihrem Kurs:** Hamburg - Fahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal - Gotland - Helsinki - Fahrt durch die Schären - Stockholm - Gdynia (Gdingen - mit Danzig und Zoppot) - Bornholm - Kopenhagen - Stavanger - Fahrt durch den Hardanger-, Utne-, Osa- und Ulvikfjord - Ulvik - Eidfjord - Fahrt durch den Husnes-, Bømla-, Skudenes- und Byfjord - Fahrt durch den Sognefjord - Flaam - Fahrt durch den Aurlands- und Naerøfjord - Gudvangen - London - Hamburg

**Reisetermine: Fjordland-Norwegen-Ostsee-Kreuzfahrten 5.6.-19.6. und 21.8.-3.9.1977**  
**Reisepreis: ab DM 3.440,- p.P. für eine Zweibettkabine, außen, mit Bad und WC**



Norwegische Amerika Linie

Lassen Sie sich über die VISTAFJORD-Kreuzfahrten in zwei Ferienwelten näher informieren: Rufen Sie bitte Ihr Reisebüro an oder schicken Sie uns diesen Coupon.

Ich möchte den Prospekt über Ihre Fjordland-Norwegen-Ostsee-Kreuzfahrten kennenlernen.

Name

Straße

PLZ/Ort

Mein Reisebüro

An die NAL, Abt. B - SP, Neuer Wall 54, 2000 Hamburg 36, Tel. (040) 36 26 03



**Familie Grübel in der DDR 1971**  
„Zentimeter um Zentimeter abplacken ...“

Kommentars des Ost-Berliner Justizministeriums gilt für diesen Bereich:

„Das Kind soll in seinen neuen Lebens- und Erziehungsverhältnissen fest verwurzelt werden, wofür — insbesondere bei jüngeren Kindern — die Annahme an Kindes Statt die besten Voraussetzungen bietet“, wenn nötig auch, wie in Westdeutschland, ohne Einwilligung der leiblichen Eltern.

Mit der „Annahme an Kindes Statt“ erlöschen, ebenfalls wie in der Bundesrepublik ab 1977, alle Rechte und Pflichten der leiblichen Eltern. In der Jugendhilfeverordnung ist festgelegt, daß die Behörden Dritten gegenüber keine Auskünfte erteilen dürfen. Nach Paragraph 8 unterliegen die an der Adoption beteiligten Stellen der Schweigepflicht.

So gesehen, handelte das DDR-Außenministerium nicht mehr als korrekt, als es das Ersuchen des SPIEGEL um Auskunft in Sachen Grübel-Adoption ausschlug\*\*. Unerfindlich bleibt jedoch — abgesehen davon, daß solche politischen Adoptionspraktiken mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht ver-

\* Am West-Berliner Übergabe-Ort in der Nähe des Grenzkontrollpunktes Invalidenstraße, zwei Monate nach der Rückkehr.

\*\* Anfrage des SPIEGEL-Korrespondenten an das DDR-Außenministerium:

Dem SPIEGEL liegen Informationen vor, daß die beiden Grübel-Kinder Ota und Jeannette von dem Ehepaar Ulrich und Anneliese Klewin ... adoptiert worden sind. Der SPIEGEL möchte über den Fall berichten. Ich bitte daher die zuständigen Behörden um Stellungnahme.

Den SPIEGEL interessiert vor allem die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was sind die Rechtsgrundlagen dieser Entscheidung?
2. Wann und auf wessen Antrag wurden die beiden Kinder adoptiert?
3. Welche rechtlichen und anderen Umstände stehen einer Zusammenführung mit den leiblichen Eltern entgegen?

einbar wären —, wie-so die DDR durch ihre Mittelsleute erst die Rückgabe der Kinder signalisiert, dann wieder davon abrückt und warum die Bundesregierung den Fall auf sich beruhen läßt.

Im Ministerium von Egon Franke, der gerne darauf hinweist, daß „wir uns Zentimeter um Zentimeter für ein Mehr an Menschlichkeit abplacken“, geht man auf den Fall Grübel vornehmlich mit Bemerkungen darüber ein, daß „die Bundesregierung Veröffentlichungen in dieser Sache noch nie für richtig gehalten“ habe. „Wenn das öffentlich behandelt wird, geht die Sache schief.“

Womöglich ist die Sache längst schiefgelaufen, weil sie nicht rechtzeitig öffentlich behandelt wurde. Im Oktober kursierte unter Hamburger SPD-Leuten Nachricht, wie Frankes Staatssekretär Karl Herold den Fall einschätzt: Die Grübel-Kinder seien in der DDR adoptiert, es gehe ihnen nach Aussage der DDR sehr gut, und die DDR beabsichtige nicht, die Kinder ihren leiblichen Eltern zurückzugeben.

**Zurückgegebenes Mubarak-Kind André (l.), Mutter\***  
... um mehr Menschlichkeit“



## ATOMENERGIE

### Zu viele Fragen

**In Bonn herrscht Unsicherheit, wie Energiebedarf und Atomfurcht auf einen Nenner gebracht werden sollen. Bürgerunmut hat das Regierungskonzept durcheinandergebracht.**

Wirtschaftsminister Hans Friderichs verlor die Fassung. Als die Delegierten seines rheinland-pfälzischen Landesverbandes auf dem FDP-Bundesparteitag am vorletzten Wochenende einem Antrag zustimmten, der einen befristeten Baustopp für Kernkraftwerke fordert, zeigte er seinen Parteifreunden einen Vogel: „Die können doch beschließen, was sie wollen.“

Das taten die Freidemokraten denn auch. Mit Mehrheit verabschiedeten sie eine Widerstands-Resolution gegen das Energieprogramm ihres stellvertretenden Vorsitzenden: Vor dem Bau oder der Inbetriebnahme neuer Atommeiler sollten erst die „Probleme der Lagerung und Wiederaufbereitung von radioaktivem Abfall“ gelöst werden.

Doch Friderichs bekümmerten weder das Parteitagsvotum noch die Sorgen der Bevölkerung, die sich in Bürgeraktionen gegen die Atombauustellen Wyhl und Brokdorf Luft machten. Unbeeindruckt ließ der Minister von seinen Beamten eine 21seitige „vorbereitende Aufzeichnung zum Teil ‚Energiepolitik der Regierungserklärung‘“ anfertigen und übermittelte Kanzler Helmut Schmidt damit Argumentationshilfen für den weiteren Atom-Ausbau. Kernsatz: Es gebe „keine realistische Alternative“ zum Atomstrom.

Die beunruhigten Bürger werden in dem Papier militärisch knapp zu Revoluzzern und uneinsichtigen Wohlstandsgegnern

erklärt: „Kernenergie ist das strategische Objekt, an dem der Widerstand die weitere industrielle Entwicklung am wirksamsten behindern zu können glaubt.“ Die Folgen malt der Minister schwarz: „Fehlende elektrische Energie würde zum limitierenden Faktor für das Wirtschaftswachstum mit Konsequenzen für Beschäftigung und soziale Sicherheit.“

Friderichs empfiehlt dem Kanzler für dessen Regierungserklärung, die „Planungsvorstellungen der Wirt-